

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

105. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 29. April 2004

Tagesordnungspunkt 5:

- a) Zweite und dritte Beratung des von den Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur optionalen Trägerschaft von Kommunen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (Kommunales Optionsgesetz)**
(Drucksachen 15/2816, 15/2997, 15/3003)
9488 C

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort hat nun die Kollegin Petra Pau.

Petra Pau (fraktionslos):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Reform des Arbeitsmarktes stagniere, ist zu hören. Die Einführung des so genannten Arbeitslosengeldes II zum 1. Januar 2005 sei gefährdet. Noch immer sei unklar, ob und wie die Kommunen und die Bundesagentur für Arbeit zusammenwirken sollen. Obendrein gebe es auch noch Softwareprobleme. – Das sind – wie ich finde: zu Unrecht – die Schlagzeilen der letzten Tage. Wir haben nämlich kein Softwareproblem, sondern wir reden über ein Hardcoreprogramm,

(Widerspruch des Abg. Dr. Uwe Küster [SPD])

das Millionen Arbeitslose, potenzielle Arbeitslose und deren Angehörige in die Armut treiben wird. Das ist das eigentliche Thema, und nicht, wer dann das Ganze mit welcher Software durchführt.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Sie wissen, dass die PDS gegen diese so genannte Arbeitsmarktreform ist. Sie firmiert unter dem Namen Hartz und ist Teil der Agenda 2010. Erst vor wenigen Wochen haben eine halbe Million Menschen bundesweit dagegen demonstriert; wie ich finde, zu Recht. Nun staune ich allerdings, dass sich, wie man lesen kann, Kronzeugen zu Wort melden, von denen ich das gar nicht erwartet hätte, nämlich die viel zitierten Wirtschaftsweisen. Sie haben gestern ihren Jahresbericht vorgelegt. Eine Aussage in diesem Bericht lautet: Die **Agenda 2010** hat keine Besserung gebracht; sie schuf massenhafte Verunsicherung; sie belastet den Binnenmarkt; sie bremst das Wachstum und schafft keine Arbeitsplätze. Das sind starke Worte, allemal dann, wenn man sie an den großspurigen Versprechungen im Zusammenhang mit Hartz misst. Da war nämlich noch von einer drastischen Senkung der Arbeitslosigkeit die Rede.

(Doris Barnett [SPD]: Über Nacht?)

Die Fakten sprechen eine andere Sprache. Sie sprechen nicht für Rot-Grün – im Gegenteil.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Nun wollen Sie trotz alledem das Arbeitslosengeld II einführen. Auch wenn wir gemeinsam die einschlägigen Tabellen rauf- und runterrechneten, kämen wir für Familien mit Kindern, für Alleinstehende, für Ältere im Westen oder Jüngere im Osten immer wieder zu demselben Ergebnis: Sie greifen **Bedürftigen** in die Tasche. Sie gehen sogar ans Ersparte. Sie zwingen Arbeitslose in unterbezahlte Jobs und drohen ihnen obendrein mit Strafen. Doch damit nicht genug: Sie drehen generell an der Lohnspirale. Betroffen sind also nicht nur die Arbeitslosen, sondern alle, die jetzt noch Arbeit haben. Oder mit den Worten des DGB-Chefs Sommer, der dieses in dieser Woche auf den Punkt brachte: Sie benehmen sich so, als sei Arbeit Dreck.

Ein Wort noch an den Kollegen Singhammer. Sie haben sich ja eben zum Anwalt der Langzeitarbeitslosen aufgeschwungen.

(Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Waren wir immer schon!)

Sie haben nur vergessen, dass Sie sich freudig an diesem Klau von Sozialleistungen beteiligt haben, indem Sie am 19. Dezember der Einführung des Arbeitslosengeldes II für Menschen an der Armutsschwelle zugestimmt haben.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Kurzum: Es spricht sehr viel dafür, die Tätigkeit der Bundesagentur für Arbeit den neuen Bedingungen anzupassen. Aber die Vorhaben, die genau dieses Ziel verfolgen, etwa entsprechend ausgestattete moderne Jobcenter, schieben Sie auf die lange Bank. Die Repressionen gegenüber Arbeitslosen wollen Sie zugleich aber forcieren. Sie meinen noch, das sei ein ehrgeiziges Ziel. Ich finde, das ist nicht ehrgeizig, sondern eher ehrabschneidend.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])